

Ein Auszug aus dem Buch **Märtyrer 2007**

herausgegeben von
Max Klingberg, Thomas Schirmacher und Ron Kubsch



Max Klingberg

**Verfolgung und
Diskriminierung im Überblick**

Märtyrer 2007

Das Jahrbuch zur Christenverfolgung heute

herausgegeben

für

die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
von Max Klingberg

und

für den Arbeitskreis für Religionsfreiheit der
Deutschen und Österreichischen Evangelischen Allianz
und die Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit
der Schweizerischen Evangelischen Allianz
von Thomas Schirrmacher und Ron Kubsch

im Auftrag von idea

idea-Dokumentation 10/2007

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available on the Internet at <http://dnb.ddb.de>.

© 2007 by den Verfassern der Beiträge und VKW

ISBN 978-3-938116-35-7

ISSN 1618-7865

Postfach 1820, D-35528 Wetzlar

Tel.: 06441/915-122 Fax -148

eMail: idea@idea.de / Internet: www.idea.de

Die Herausgeber sind zu erreichen über:

Max Klingberg, IFGM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/M.

info@igfm.de

Thomas Schirmmacher: DrThSchirmmacher@bucer.de

Ron Kubsch: Ron.Kubsch@bucer.de

Printed in Germany

Satz: Beate Hebold

Umschlaggestaltung und Gesamtherstellung:

BoD Verlagsservice Beese, Friedensallee 44, 22765 Hamburg

www.rvbeese.de / info@rvbeese.de

Verlag für Kultur und Wissenschaft

(Culture and Science Publ.)

Friedrichstr. 38, 53111 Bonn

Fax 0228/9650389

www.vkwonline.de / info@vkwonline.de

Verlagsauslieferung:

Hänssler Verlag / IC-Medienhaus

D-71087 Holzgerlingen, Tel. 07031/7414-177 Fax -119

www.haenssler.de / www.icmedienhaus.de

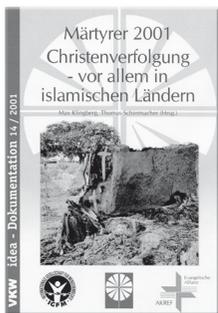
idea-Dokumentation

Märtyrer 2006

Das Jahrbuch zur
Christenverfolgung heute



aus der Märtyrer-Reihe 2001–2006



Im Jahrbuch wird zum Engagement für Verfolgte aufgerufen. „Es ist unsere Pflicht als Christen und als Menschen, am Schicksal der Opfer Anteil zu nehmen und uns für sie einzusetzen“, schreibt Max Klingberg (Frankfurt am Main) von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.

Verfolgung und Diskriminierung im Überblick

Max Klingberg

Max Klingberg ist Mitarbeiter der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und Mitglied im Arbeitskreis Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz.



1 Einführung

Im beschaulichen Mitteleuropa braucht es ein gehöriges Maß an Vorstellungskraft, um sich auch nur annähernd in die tägliche Lebenswirklichkeit von Millionen anderer Christen hinein zu denken. Nimmt man internationale Rechtsstandards als Maßstab, so ist die Lage dieser Christen oft eine einzige Katastrophe. Ein Desaster, an das sich alle Beteiligten gewöhnt haben und das von unserer säkularen Gesellschaft – wenn überhaupt – nur dann ansatzweise zur Kenntnis genommen wird, wenn außergewöhnlich starke Erschütterungen Flüchtlingsströme über die Welt spülen. Die täglichen Entrechtungen und Demütigungen, sie fallen nicht weiter auf. Dabei ist die Liste der Staaten, in denen Christen diskriminiert, ja zum Teil heftig diskriminiert oder verfolgt werden, bedrückend lang. Dazu zählen neben Indien, in dem extremistische Hinduisten für eine Vielzahl von Gewaltverbrechen an Christen verantwortlich sind, vor allem die verbliebenen Einparteiendiktaturen sozialistischer Prägung und auch das neomarxistische Regime in Eritrea. Bei der Mehrheit der Länder, in denen Christen um ihres Glaubens willen leiden, handelt es sich allerdings um islamisch geprägte Staaten. Darunter sind mitnichten nur die ärmsten Entwicklungsländer, sondern auch wohlhabende Golfstaaten und Urlaubs-„Paradiese“ wie Ägypten.

Wirklich überraschen kann dieser Befund nicht, da in vielen Staaten mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung eine gesellschaftliche Veränderung hin zu einem Minimum an echter Toleranz bisher fehlt. Von einer Gleichberechtigung sind Christen und andere Nichtmuslime weit entfernt. Sie sind Bürger zweiter und dritter Klasse – wenn sie als Christen überhaupt Bürger ihres eigenen Landes sein dürfen. Die islamische Inselrepublik der Malediven hält in ihrer Verfassung fest, dass Staatsbürger Muslime sein müssen.

Die Rückbesinnung auf den Islam und die Bestrebungen zur Umsetzung der Scharia, dem islamischen Rechtssystem, schreitet seit Jahren

voran. Die barbarische Konsequenz, mit der die Taliban (Koranschüler) in Afghanistan und Pakistan, oder die Union der Schariagerichte in Somalia die Scharia durchsetzen wollen, ist selten. Der totalitäre Charakter aber, mit dem der politische Islam in zahlreichen Staaten der Erde praktiziert wird, ist dagegen verbreitet. Ganz besonders deutlich wird das an den verschiedenen staatlichen Religions-Polizeinheiten, wie es sie in Saudi-Arabien, Afghanistan Karsais oder in Nordnigeria gibt. Daneben existieren eine Reihe von nichtstaatlichen Gruppen, die ihre Vorstellungen von „Tugend“ mit Gewalt erzwingen und „Sünde“, wie z. B. die Verbreitung des Evangeliums, mit aller Härte bekämpfen.

Die gesellschaftliche Stellung von einheimischen Christen ist gemessen an internationalen Menschenrechtsstandards in der Mehrheit der muslimischen Staaten unhaltbar – sie ist in vielen Fällen auch unhaltbar gemessen an den völkerrechtlich bindenden Verträgen, die diese Staaten ratifiziert haben. Auch mit den Grundsätzen der Vereinten Nationen, in denen alle islamischen Staaten Mitgliedsstatus inne haben, ist die systematische Diskriminierung der christlichen Minderheiten unvereinbar. Und zwar nicht nur in extremen Fällen wie in Saudi-Arabien, das jede nichtmuslimische Religionsausübung per Gesetz verboten hat. Die Ausgrenzung und Benachteiligung der einheimischen Christen ist der Regelfall, nicht die Ausnahme.

Das Groteske an dieser Situation ist, dass sich alle Beteiligten an den Status Quo so sehr gewöhnt haben, dass er von vielen als „normal“, ja geradezu als harmonisches Miteinander wahrgenommen wird. Dieses „harmonische Miteinander“ ist ein Wunsch- und Idealbild, das viel beschworen wird, aber mit der Realität in islamischen Mehrheitsgesellschaften in der Regel nur wenige Berührungspunkte hat. Christliche Frauen, die belästigt oder sogar vergewaltigt werden, weil sie kein Kopftuch tragen wollen, passen einfach nicht ins politisch korrekte Weltbild. Doch diese Probleme zu ignorieren, kann höchstens unsere Illusionen retten – den Opfern hilft es nicht.

Am härtesten trifft es Konvertiten, also Christen, die einen muslimischen Familienhintergrund haben. Ihr Glaube wird nicht als private Angelegenheit betrachtet, sondern als Verrat am Islam und als Schande für die Familie. Konvertiten, die ihren christlichen Glauben nicht verheimlichen wollen, drohen schwerste Sanktionen – bis hin zu Schlägen, Morddrohungen und Mord. Selbst in christlich geprägten Ländern Europas sind ehemalige Muslime, die sich zu ihrem christlichen Glauben bekennen nicht automatisch sicher. Auch sie können Opfer von Einschüchterungen, körperlicher Gewalt, Morddrohungen oder sogar von „Ehrverbrechen“ werden – selbst in Europa. Der Druck in den islamisch geprägten Herkunftsländern ist indessen unvergleichlich größer.

Ein Beispiel: Der 25-jährige ägyptische Journalist Mohammed Ahmed Hegazy wurde vor vier Jahren Christ. Anfang August 2007 wollte er den Religionseintrag in seinen Ausweispapieren ändern lassen. Dadurch wurde sein Übertritt zum Christentum bekannt, mehrere Rechtsgelehrte der als „gemäßigt“ geltenden Al-Azhar Universität verlangten deswegen seine Enthauptung, teilweise sogar im ägyptischen Fernsehen. Selbst der ägyptische Minister für religiöse Angelegenheiten verteidigte öffentlich die Todesstrafe für Konvertiten. Was wäre geschehen, wenn beispielsweise in Dänemark ähnliches einem Konvertiten zum Islam widerfahren wäre?

Religion und Nation

Völlige Freiheit und Gleichberechtigung für alle Christen existiert aber auch in christlich geprägten Staaten nicht immer. Der Grund ist einfach: In vielen Ländern der Erde ist die Religion und Konfession zu einem Teil der nationalen Identität geworden. Aus der Vermengung von Nationalgefühl und Konfession entstehen dabei regelmäßig Probleme. In Europa ist das nicht nur, aber vor allem auf dem Balkan spürbar.

Weltweit erscheint enorm vielen Menschen ihre Religion als Teil ihrer nationalen Identität. Die Emotionalität mit der z.T. auch wenig religiöse und sogar säkulare Menschen davon überzeugt sind, ein Türke, ein Iraner, ein Haussa usw. müsse Muslim sein, ist von Deutschen vielleicht nur schwer nachvollziehbar. Sie ist gleichwohl eine wichtige Triebkraft bei vielen Konflikten. Welchen Anteil bei solchen Konflikten Religion, Nationalgefühl und wirtschaftliche Interessen haben, mag dabei den Betroffenen selbst nicht klar sein. Dennoch erwächst in einigen asiatischen und afrikanischen Staaten aus der Verbindung von Religion und ethnischer Identität eine wesentliche Ursache für gewalttätige und tödliche Spannungen.

Im Norden Nigerias sind seit der Einführung der Scharia im Jahr 2000 tausende von Christen, aber auch viele Muslime umgebracht worden. Ungezählte Kirchen wurden niedergebrannt, einige davon wurden wieder aufgebaut und mehrfach gebrandschatzt. Zehntausende von Christen sind aus dem muslimisch geprägten Norden in den Süden geflohen.

Die Gewalt verlief im Wesentlichen entlang ethnischer Grenzen. Westlichen Beobachtern erscheinen manchmal diese ethnischen (und materiellen) Faktoren als die einzig „rationalen“ Ursachen in den blutigen Auseinandersetzungen. Die Bedeutung der Religion ist für Westeuropäer nur sehr schwer begreifbar. In Regionen mit sehr hohen Analphabetenraten und mit unzureichenden staatlichen Strukturen sind Geistliche eine ganz zentrale Autorität. Im Norden Nigerias zeigt sich das unter anderem

daran, dass sich die Scharia nicht nur gegen die örtlichen Christen richtet. Offizielle bewaffnete Einheiten, die das islamische Recht durchsetzen sollen, halten im Norden Nigerias auch Muslime in Atem.

Vielfältige Situation

Wie kann Religionsfreiheit gemessen und sinnvoll verglichen werden? Die staatlichen Gesetze haben mit der staatlichen Praxis zum Teil nur wenig gemein. In anderen Ländern terrorisieren nichtstaatliche Gruppen christliche Minderheiten. Wie kann man die Lage eines Armeniers im Iran mit einem römisch-katholischen Vietnamesen vergleichen? Wie beurteilt man ein Land wie die Volksrepublik China? In manchen Regionen herrscht in der Praxis weitgehend Glaubensfreiheit, wenige hundert Kilometer entfernt schwere Diskriminierung oder Verfolgung. In einer ganzen Reihe von Ländern werden zudem die einheimischen Christen völlig anders behandelt als christliche Gäste und Touristen aus Europa. So gibt es z.B. in vielen muslimischen Ländern Kirchen verschiedenster Konfessionen, in denen ausländische Christen große Freiheit genießen. Die einheimischen Christen können eben diese Kirchen jedoch nicht aufsuchen, ohne erhebliche Repressalien zu fürchten. Einheimische können in aller Regel nicht nur keine offiziell genehmigten (Konvertiten-) Gemeinden gründen, sie werden auch durch den „Sicherheits“-Apparat des jeweiligen Landes überwacht, an einem normalen Gemeindeleben und nicht selten an jeglicher öffentlichen Äußerung oder Evangelisation gehindert – und damit in der Bedeutungslosigkeit gehalten.

Die vielfältigen regionalen und kulturellen Unterschiede sind so komplex, dass sich die Situation von Christen nur schwer kategorisieren lässt. Einfach bleibt aber eine Wahrheit: Es ist unsere Pflicht, am Schicksal der Opfer Anteil zu nehmen und uns für sie einzusetzen.

2 Zur Weltkarte

Diskriminierung und Verfolgung von Christen ist ein globales Problem. Die Weltkarte auf den folgenden Seiten vermittelt einen Eindruck davon. Große und bevölkerungsreiche Länder wie die VR China und Indien sind dabei ebenso betroffen wie der kleine Inselstaat der Komoren. Kommunistische Diktaturen, hinduistisch geprägte Staaten und weite Teile der islamischen Welt diskriminieren religiöse Minderheiten – zum Teil drastisch. Die kulturellen und gesellschaftlichen Unterschiede in den betroffenen Staaten sind enorm. Hinzu kommt, dass in manchen Ländern Übergriffe nur teilweise oder auch gar nicht vom Staat ausgehen, sondern von nicht-

staatlichen Extremisten oder Rebellen Gruppen. So gewährt der kolumbianische Staat uneingeschränkte Religionsfreiheit – und dennoch sind dort in den vergangenen Jahren hunderte Pfarrer und tausende von Laien umgebracht worden. Der Grad der Diskriminierung oder Verfolgung kann daher nur grob und mit fließenden Übergängen klassifiziert werden (s. Legende).



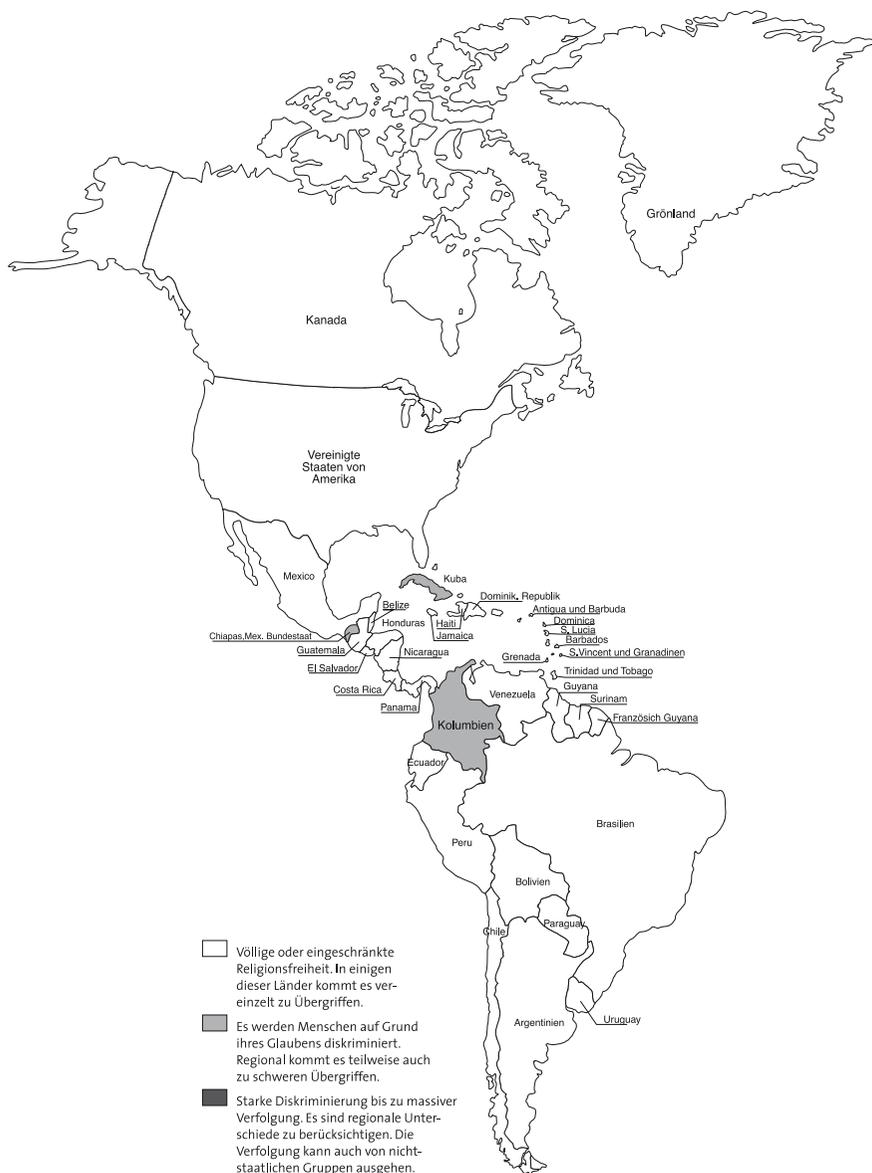
Der Bürgerkrieg im Irak hat die Christen das Landes ganz besonders unter Druck gesetzt und für viele das Leben in ihrer Heimat unerträglich gemacht (siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 132). Bild: KiNO.





Graphik: Beatrice Hornung
 Karte: IGFM
 weitere Informationen unter www.igfm.de





3 Weltverfolgungsindex

Um den Weltverfolgungsindex zu ermitteln, benutzt Open Doors einen eigens hierfür erstellten Fragebogen bestehend aus 50 Fragen. Die Antworten werden mit einer bestimmten Punktzahl bewertet. Die Gesamtsumme der Punkte für ein Land ergibt dessen Position im Weltverfolgungsindex. Recherchiert werden verschiedene Aspekte der Religionsfreiheit

Unterschieden wird dabei zum Beispiel zwischen ...

... dem rechtlichen und offiziellen Status von Christen

- Ist Religionsfreiheit in der Verfassung und/oder den Landesgesetzen verankert?
- Haben die Bürger das gesetzliche Recht, zum Christentum zu konvertieren?

... der tatsächlichen Situation der im Land lebenden Christen

- Werden Christen ihres Glaubens wegen getötet?
- Werden Christen ihres Glaubens wegen zu Gefängnis- oder Arbeitslagerstrafen verurteilt bzw. in die Psychiatrie eingewiesen?

... der Freiheit und den Einschränkungen der Kirche in der Gesellschaft

- Dürfen Christen christliche Literatur drucken und verbreiten?
- Werden christliche Veröffentlichungen in diesem Land zensiert/verboten?

... den Faktoren, die die Religionsfreiheit in einem Land untergraben können

- Werden Versammlungsorte von Christen oder deren Häuser aus anti-christlichen Motiven angegriffen?

Die Spalte „Abweichung“ zeigt an, wie sicher eine Information über ein Land ist. Manchmal sind die Angaben unbestätigt oder unvollständig. Dann ist die Abweichung höher. Wenn eine vollständige und sichere Information nicht erhältlich ist, bekommen einige Länder weniger Punkte, selbst wenn der tatsächliche Grad der Verfolgung wahrscheinlich höher liegt.

Schwere Verfolgung
 Schwere Einschränkungen
 Einige Probleme
 Unterdrückung
 Einige Einschränkungen

Ländername	Januar 2007	Januar 2006	Trend	Veränderung
1. Nordkorea	85,0	82,0	–	5,0
2. Saudi-Arabien	66,5	68,0	0	0,0
3. Iran	65,5	67,5	0	0,0
4. Somalia	63,0	62,0	0	2,0
5. Malediven	62,0	60,5	0	0,0
6. Jemen	59,5	58,0	0	0,0
7. Bhutan	57,5	59,0	0	0,0
8. Vietnam	57,0	58,0	0	0,0
9. Laos	55,0	56,0	0	0,0
10. Afghanistan	55,0	53,0	0	2,0
11. Usbekistan	55,0	52,5	–	0,0
12. China	54,0	56,0	0	0,0
13. Eritrea	53,0	50,5	–	5,0
14. Turkmenistan	52,5	52,0	0	0,0
15. Komoren	52,0	47,5	–	2,0
16. Tschetschenien	47,0	–	0	1,5
17. Pakistan	45,5	47,0	0	0,0
18. Ägypten	45,0	46,0	0	0,0
19. Myanmar (Burma)	44,5	45,0	0	0,0
20. Sudan (Nord)	43,5	–	0	0,0
21. Irak	43,0	39,5	–	1,5
22. Aserbaidshan	42,5	41,5	0	0,0
23. Brunei	41,0	41,5	0	0,0
24. Kuba	41,0	39,0	0	0,0
25. Katar	40,0	32,0	0	0,0
26. Libyen	39,0	41,0	0	7,5
27. Nigeria (Nord)	37,5	34,5	–	0,0

28. Dschibuti	37,0	36,5	0	8,0
29. Indien	36,5	36,0	0	0,0
30. Sri Lanka	35,5	33,5	0	0,0
31. Algerien	35,5	30,0	–	4,5
32. Mauretanien	35,5	27,5	–	1,5
33. Marokko	34,5	41,5	+	1,5
34. Tadschikistan	34,0	34,0	0	0,0
35. Türkei	34,0	30,5	–	0,0
36. Oman	33,5	25,5	0	6,0
37. Äthiopien	32,0	28,5	–	0,0
38. Vereinigte Arabische Emirate	30,5	27,5	0	0,0
39. Kuwait	29,0	27,5	0	2,0
40. Jordanien	27,5	25,5	0	0,0
41. Indonesien	27,0	31,0	+	0,0
42. Belarus (Weißrussland)	27,0	26,5	0	7,0
43. Kolumbien (Konfliktgebiete)	27,0	25,5	0	0,0
44. Bangladesch	26,5	28,5	0	0,0
45. Syrien	26,5	24,5	0	0,0
46. Tunesien	26,0	32,5	0	0,0
47. Kenia (Nordost)	24,5	21,5	–	0,0
48. Nepal	23,0	31,0	+	0,0
49. Mexiko (Süd) ¹	22,5	22,5	0	0,0
50. Bahrain	22,5	19,5	0	6,0

¹ Der süd-mexikanische Bundesstaat Chiapas

(Quelle: © 2007 Open Doors International)

4 Ausführliche Informationen von Open Doors

4.1 Die ersten Zehn im Detail

Platz 1: Nordkorea – Das fünfte Jahr in Folge führt Nordkorea den Weltverfolgungsindex als das Land, in dem die religiösen Rechte von Christen am schwersten verletzt werden, an. Verletzungen der Menschenrechte, einschließlich vieler Rechtsbrüche auf religiösem Gebiet, sind im kommunistischen Nordkorea an der Tagesordnung. Das Christentum wird weiterhin als gefährlicher ausländischer Einfluss betrachtet, der den Anstoß für den Zusammenbruch kommunistischer Regime in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion gegeben hat, und deshalb eine der größten Bedrohungen für die Macht des Regimes darstellt. Infolgedessen bemühen sich die nordkoreanischen Behörden sehr stark, das Christentum auszurotten. Zwar richtete sich 2006 die Aufmerksamkeit der Medien und damit der Weltöffentlichkeit nach den atomaren Raketentests auf dieses isolierte Land, doch für das nordkoreanische Volk hat sich nichts verändert. Open Doors erreichten Informationen, die zeigen, dass 2006 mehr Christen verhaftet wurden als im Jahr 2005. Noch viele Menschen befinden sich in Arbeitslagern.

Das Leben in Nordkorea ist ein täglicher Überlebenskampf. Zwischen 50.000 und 70.000 Menschen leiden gegenwärtig in Gefängnislagern. Viele von ihnen werden gefoltert.

Beim Versuch, nach China zu flüchten, setzen Nordkoreaner ihr Leben aufs Spiel. Nachdem Flüchtlinge die Grenze überquerten, kamen einige von ihnen mit Christen in Kontakt. Viele der geflohenen Nordkoreaner wurden Christen, die sich entschieden, nach Nordkorea zurückzukehren, um ihrem Volk das Evangelium zu verkünden.

Da die nordkoreanische Regierung unter der Führung von Kim Jong Il das Christentum als Bedrohung für die Stabilität des Landes betrachtet, verfolgt sie die Christen landesweit, vor allem diejenigen, die aus China zurückkehren bzw. von chinesischen Behörden aufgegriffen und abgeschoben werden. Viele von ihnen wurden verhaftet, gefoltert und sogar getötet.

Trotz dieser Härte und der Verstöße gegen die Menschenrechte sind die einheimischen Christen engagiert, der christlichen Kirche, dem Leib Christi, im Untergrund zu dienen. Sie bleiben ihrem christlichen Glauben treu.

Platz 2: Saudi-Arabien – In Saudi-Arabien hat sich am Status der Religionsfreiheit im Vergleich zum Vorjahr nichts geändert. Religionsfreiheit existiert nicht in dem wahhabitischen Königreich, in dem es den Bürgern nur gestattet ist, einer einzigen Religion anzugehören: dem Islam. Der

Schutz der Religionsfreiheit ist weder gesetzlich vorgesehen, noch existiert er in der Praxis. Das Rechtssystem basiert auf dem islamischen Recht, der Scharia. Apostasie, der Übertritt zu einer anderen Religion, ist mit dem Tode zu bestrafen. Die Regierung erkennt zwar das Recht von Nichtmuslimen auf private Gottesdienste an, doch ist es Nichtmuslimen verboten, ihre Gottesdienste öffentlich zu feiern.

Öffentliche nichtmuslimische religiöse Versammlungen sind verboten, obwohl Mitglieder der königlichen Familie immer wieder behaupten, dass es Christen freigestellt sei, in ihrer Privatwohnung Gottesdienste zu feiern. Die Praxis beweist das Gegenteil. Die Gesamtzahl der im vergangenen Jahr verhafteten Christen war geringer als im Jahr 2005 (damals wurden 70 ausländische Christen verhaftet). Das erklärt eine leichte Verringerung der Gesamtpunktzahl. Dennoch wurden vier ostafrikanische Christen im zweiten Quartal des Jahres 2006 drangsaliert und verhaftet, als sie sich zum Gottesdienst versammelten. Nach einer Haftstrafe von einem Monat unter folterähnlichen Bedingungen wurden die Christen in ihre Heimatländer abgeschoben. Berichten zufolge wurden sie über die gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht offiziell informiert. Angeblich wurden die vier Christen verhaftet, weil sie „Muslimen gepredigt, Gemeinden gegründet und Männer und Frauen zum Gebet versammelt hätten“.

Platz 3: Iran – Der Islam ist im Iran Staatsreligion. Alle Gesetze und Vorschriften müssen der offiziellen Interpretation der Scharia entsprechen. Die Verschlechterung der Religionsfreiheit für Christen begann 2004 mit dem Sieg konservativer Parteien. Auf die Wahl des konservativen Hardliners Mahmud Ahmadinedschad zum Präsidenten im Juni 2005, folgte eine neue Welle der Christenverfolgung. Präsident Ahmadinedschad bejubelte seinen Wahlsieg als neue islamische Revolution, die sich weltweit verbreiten könnte, und versprach feierlich die Wiederherstellung einer „islamischen Regierung“ im Iran. Damit unterstellte er den früheren Regierungen mangelnde islamische Treue.

Obwohl Christen zu den anerkannten religiösen Minderheiten gehören, denen Religionsfreiheit garantiert wird, berichteten sie von Inhaftierungen, Repressionen und Diskriminierung wegen ihres christlichen Bekenntnisses. Verschiedene christliche Gruppen, die zum Beispiel christliche Literatur anbieten, um ihren Glauben unter der mehrheitlich schiitischen Muslim-Bevölkerung zu bezeugen, wurden im vergangenen Jahr zur Zielscheibe von Sicherheitsbehörden.

Mindestens acht Zwischenfälle wurden bekannt, in denen zum Christentum konvertierte Muslime verhaftet wurden. In den meisten Fällen waren sie gezwungen, hohe Kauttionen zu hinterlegen, und wurden darüber informiert, dass ihr Fall wegen einer möglichen Strafverfolgung nicht abgeschlossen sei.

Überraschend wurde im Juli 2006 ein früherer Oberst und Konvertit nach zwei Jahren Gefängnis freigelassen. Er wurde beschuldigt, seinen Religionswechsel vor der Armee geheim gehalten zu haben. Beweise, die seine Unschuld belegen, wurden vom Gericht nicht anerkannt.

Platz 4: Somalia – In Somalia gibt es keinen Verfassungsartikel oder eine gesetzliche Bestimmung zum Schutz der Religionsfreiheit. Der Islam ist die offizielle Religion. Besonders in bestimmten ländlichen Gebieten des Landes ist der gesellschaftliche Druck stark, die islamische Tradition zu respektieren.

In den meisten Regionen bedient man sich lokaler Formen der Konfliktbewältigung: entweder der traditionell weltlichen Schiedsgerichtsbarkeit von Clans oder des islamischen Rechts (Scharia). Die Regierung der Föderation ist sehr schwach, denn die Warlords kontrollieren noch verschiedene Teile von Somalia. Von den ethnischen Somalis sind weniger als ein Prozent Christen. Diese praktizieren ihren Glauben im Untergrund.

Anfang Juni 2006 fiel die Hauptstadt Mogadischu in die Hände einer Allianz islamischer Milizen, die vier Monate lang gegen eine Allianz von Kriegsherren gekämpft hatte. Der „Islamic Courts Union“ (ICU) Shura Council fungierte in allen von der ICU kontrollierten Gebieten als Parlament. In der Hauptstadt wurde die Scharia eingeführt. Ende 2006 wurde die ICU von den Truppen der Übergangsregierung zurückgeschlagen.

Das Vorankommen der ICU galt als schlechte Botschaft für die wenigen Christen in Somalia. Ob die politischen Entwicklungen des vergangenen Jahres mit der Ermordung von mindestens sechs Christen 2006 in Somalia in Verbindung gebracht werden können, ist nicht zweifelsfrei zu belegen. Doch die meisten von ihnen waren ehemalige Muslime und starben, als ihre Konversion bekannt wurde.

Zudem wurde 2006 eine italienische Nonne in Somalia getötet, möglicherweise auch aufgrund der umstrittenen Zitate, die Papst Benedikt XVI. während seines Deutschlandbesuches äußerte. Kinder somalischer Christen, die als Flüchtlinge in Kenia leben, sollen von muslimischen Verwandten entführt und zur „Resozialisierung“ in islamische Einrichtungen gebracht worden sein.

Platz 5: Malediven – Im Inselstaat der Malediven ist der Islam die Staatsreligion und alle Bürger müssen Muslime sein. Es gilt die Scharia, das islamische Recht, die den Übertritt vom Islam zu einer anderen Religion verbietet. Ein Konvertit könnte demnach bei einem Religionswechsel sein Bürgerrecht verlieren. Es ist verboten, eine andere Religion als den Islam zu praktizieren, der als wichtiges Instrument für die nationale Einheit und den Machterhalt der Regierung gilt.

Christen ist es somit unmöglich, eine Kirche zu eröffnen oder eine Gemeinde zu gründen, obwohl Ausländer ihren Glauben im privaten Kreis praktizieren dürfen, wenn sie keine einheimischen Bürger zur Teilnahme einladen. Die Bibel und andere christliche Materialien dürfen nicht eingeführt werden, abgesehen von einem Exemplar für den Eigenbedarf. Auf den Malediven – einem der am wenigsten evangelisierten Länder der Welt – gibt es nur eine Handvoll einheimischer Christen. Sie leben ihren Glauben absolut im Geheimen.

Auch im Jahr 2006 gab es für Christen keine Religionsfreiheit. Nachdem Open Doors in diesem Jahr vier Berichte von Christen erreichten, die sich längere Zeit auf den Malediven aufgehalten haben, sind die Informationen über das Land genauer und die Punktezahl im Index deshalb etwas höher. Open Doors erfuhr auch, dass im August 2006 ein älterer einheimischer Christ festgenommen und in ein Drogenrehabilitationszentrum eingewiesen wurde.

Platz 6: Jemen – Die jemenitische Verfassung garantiert Religionsfreiheit, erklärt aber auch, dass der Islam die Staatsreligion und die Scharia die Quelle jeglicher Gesetzgebung sei. Die jemenitische Regierung gestattet Ausländern etwas Freiheit beim Praktizieren ihres Glaubens, doch jemenitische Bürger dürfen nicht zum Christentum konvertieren. Es gibt eine Handvoll Christen mit islamischem Hintergrund, denen die Todesstrafe droht, falls sie entdeckt werden. Im vergangenen Jahr wurden einige Konvertiten verhaftet und misshandelt, nachdem ihr Religionswechsel bekannt wurde. Mindestens einer wurde unter Druck gesetzt, seinem christlichen Glauben abzusagen. Er weigerte sich standhaft.

Platz 7: Bhutan – Im Himalaya-Königreich Bhutan ist der Mahayana-Buddhismus Staatsreligion. Offiziell existiert der christliche Glaube nicht. Christen ist es nicht gestattet, in der Öffentlichkeit zu beten oder zu feiern. Die Regierung verbietet auch Versammlungen in christlichen Häusern, an denen mehrere Familien beteiligt sind. Einreisevisa für Priester oder kirchliche Mitarbeiter werden verweigert. Christen werden diverse Bürgerrechte abgesprochen, so haben sie z. B. kein Recht auf Bildung für die Kinder, Arbeitsplätze in Ämtern oder Regierungsposten oder private Geschäftsgründungen. Die Einfuhr gedruckten religiösen Materials ist eingeschränkt. Im Land sind nur buddhistische Texte erlaubt. Die Gesellschaft übt einen starken Druck aus, buddhistischen Normen zu entsprechen.

Drangsalierung und Repressionen durch buddhistische Eiferer, besonders in buddhistischen Hochburgen, bereiten den Christen die meisten Sorgen. Die Gläubigen werden nicht nur von Behörden unter Druck ge-

setzt, sondern auch von buddhistischen Geistlichen und erleben gewalttätige Übergriffe. Ende Juli 2006 wurden zwei inhaftierte einheimische Christen freigelassen.

Der König – der versprochen hatte, seine geerbten Rechte aufzugeben und das Land in eine Demokratie zu verwandeln – trat im Dezember 2006 zurück. Sein Sohn ist der Thronfolger. Es bleibt abzuwarten, ob der Nachfolger die Zusagen seines Vaters erfüllen wird.

Platz 8: Vietnam – Vietnam ist eines der letzten von Kommunisten regierten Länder der Welt. Obwohl Religionsfreiheit in der Verfassung verankert ist, versucht das atheistische Regime, Religionen mit einem System obligatorischer Registrierung unter Kontrolle zu halten. Viele Christen entgehen diesem System, indem sie sich nicht registrieren lassen. Von Zeit zu Zeit führt die vietnamesische Regierung Kampagnen durch, besonders im Hochland, und schließt Kirchen.

Im Jahr 2006 nahm das US-Außenministerium Vietnam von seiner Liste der „besonders Besorgnis erregenden Staaten“ (Countries of Particular Concern – CPC). Die im Bericht enthaltenen Informationen zur Religionsfreiheit betrafen jedoch Christen staatlich registrierter Gemeinden in größeren Städten. Open Doors erreichten Meldungen von Mitarbeitern auf dem Land. Demnach gibt es für ethnische christliche Minderheiten kaum Verbesserungen. Willkürliche Verhaftungen, Drangsalierung und Geldstrafen sind weiterhin an der Tagesordnung.

In den Monaten vor der APEC-Konferenz (Asiatisch-Pazifisches Wirtschaftsforum) im November 2006 in Hanoi versuchte Vietnam einzulenen: Ein paar Dissidenten wurden freigelassen und einige Fälle religiöser Verfolgung fallen gelassen. Als die Sitzungen beendet waren und Vietnam in die Welthandelsorganisation (WTO) aufgenommen wurde, wurden die Dissidenten wieder verhaftet. Im November 2006 veröffentlichte Christian Solidarity Worldwide ein regierungsamtliches Dokument, das „letztlich darauf abzielt, im nordwestlichen Hochlandgebiet das Anwachsen des Protestantismus zu verwalten, zu begrenzen und umzukehren, während man angeblich Religionsfreiheit bietet.“ Open Doors ist zurückhaltend bei der Schlussfolgerung hinsichtlich der Verbesserung der Lage der Religionsfreiheit in Vietnam, beobachtet jedoch, dass die vietnamesische Regierung hinsichtlich der Menschenrechte und der Religionsfreiheit ein positives Image zu präsentieren vermag, das westliche Länder leicht verblenden kann. Da es nach Open Doors-Informationen weiterhin zu religiöser Verfolgung in abgelegenen Regionen kommt, kann von einer Entspannung nicht die Rede sein. Noch im Januar 2007 meldete *Human Rights Watch* in einen Vietnam-Bericht, dass es keine Menschenrechtsverbesserungen im Land gäbe.

Platz 9: Laos – Zusammen mit Kuba, Nordkorea, Vietnam und China gehört Laos zu den letzten verbliebenen kommunistischen Ländern der Welt. Die Verfassung von Laos sieht Religionsfreiheit zwar vor, doch Gesetzlosigkeit und das Fehlen spezieller Vorschriften für religiöse Angelegenheiten erlauben es örtlichen Beamten, die Verfassungsbestimmungen nach eigenem Gutdünken zu interpretieren und umzusetzen. Die laotischen Behörden erlauben nur eine begrenzte Präsenz des Christentums und überwachen die Gläubigen scharf. Das Regime limitiert die Zahl offener Kirchen und schließt diese regelmäßig, besonders auf dem Lande.

Zu den größten Herausforderungen für die Kirche in Laos gehört der gesellschaftliche Druck auf Konvertiten, die der Verehrung böser Geister (Dämonen) eine Absage erteilen. So werden Christen von der Bevölkerung kontrolliert und zudem staatlich überwacht. Trotzdem gibt es noch viele nichtregistrierte christliche Aktivitäten, und die Kirche scheint trotz der Verfolgung zu wachsen.

Open Doors-Mitarbeiter aus dieser Region berichten, dass sich die Lage für Christen im Laufe des vergangenen Jahres verbessert hat. Die Verfolgung war weniger hart, weniger brutal als früher. In diesem Jahr erreichten Open Doors keine Meldungen über Christen, die aufgrund ihrer Überzeugung getötet wurden. Laos hält noch etwa zehn Christen wegen ihres Glaubens in Haft. Positiv aber ist, dass die katholische Kirche zum ersten Mal nach 30 Jahren wieder einen Priester ordinieren durfte.

Platz 10: Afghanistan – Afghanistan ist eine islamische Republik ohne Kirche und mit einem christlichen Bevölkerungsanteil von ca. 0,01 Prozent. Nach der Herrschaft muslimischer Fundamentalisten wird das Land jetzt von einer Koalitionsregierung geführt. Es gibt noch viel Anarchie und die Zentralregierung kontrolliert nicht das gesamte Land. Häufig kommt es zu Gewalttätigkeiten, da fundamentalistische Muslime noch aktiven Widerstand leisten.

Obwohl in der nationalen Verfassung Religionsfreiheit garantiert wird, durchdringt der Islam alle Aspekte der Gesellschaft, und die Gesetze der Scharia sind mehr oder weniger in Kraft. Denn als Recht des Landes wird das islamische Recht gefördert. Obwohl Nichtmuslimen Religionsfreiheit garantiert wird, sind nach derselben Verfassung solche Gesetze verboten, die „im Widerspruch zu den Überzeugungen und Vorschriften der heiligen Religion des Islam stehen.“

Christen müssen deshalb sehr vorsichtig sein. Werden ausländische Christen bei der Weitergabe der christlichen Botschaft entdeckt, werden sie verhaftet und gewöhnlich des Landes verwiesen. Konvertiten können mit dem Tode bestraft werden, wenngleich das in letzter Zeit noch nicht vorgekommen ist. Sie werden oft von ihrer Familie und Gesellschaft ge-

drängt, die kulturellen Normen des Islam zu befolgen. Konvertiten werden immer wieder beschimpft und eingeschüchert, verprügelt oder verlieren ihren Arbeitsplatz. Manchmal werden sie auch verhaftet.

Die Verhaftung Abdul Rahmans im März 2006 demonstrierte, mit welchen Folgen ein Christ rechnen muss, wenn er der Apostasie (Abfall vom Islam) beschuldigt wird. Vor Gericht musste sich Rahman für seinen Religionswechsel verantworten. Ihm drohte die Todesstrafe. Der Fall Rahman war die erste in den vergangenen Jahrzehnten öffentlich bekannt gewordene Strafverfolgung wegen Abfalls vom Islam. Rahman kam nach internationalen Protesten frei. Man hatte ihn für verhandlungsunfähig erklärt. Er lebt heute im Asyl in Italien. Der Fall Rahman, und nicht zuletzt die Berichterstattung darüber, löste in diesem ultra-konservativen muslimischen Land die Verhaftung weiterer afghanischer Christen aus.

4.2 Verschlechterungen

Platz 11: Usbekistan – Seit der Niederschlagung des Volksaufstandes in Andischan durch die Regierung im Jahr 2005 hat sich die Politik Usbekistans gegen die Christen gewandt. Die Beziehungen zwischen der Regierung und westlichen Ländern verschlechterten sich. In Usbekistan werden Christen als Anhänger einer westlichen Religion oder Mitglieder einer extremistischen Sekte angesehen. 2006 wurden viele ausländische christliche Entwicklungshelfer aus Usbekistan ausgewiesen.

Im Juni trat ein neues Gesetz in Kraft, wonach der Druck von religiösen Büchern mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann. In Fernsendungen wurden Christen negativ dargestellt, was zu mehr Druck auf Christen führte – besonders durch die Verwandtschaft und örtliche Beamte. In abgelegenen Landesteilen treffen Christen mit islamischem Hintergrund auch auf den Widerstand fundamentalistischer Muslime und werden unter Druck gesetzt, zum Islam zurückzukehren. Weil sie zum Christentum konvertierten, werden sie öffentlich erniedrigt und aus ihren Häusern und vom Arbeitsplatz vertrieben.

Platz 13: Eritrea – Im ostafrikanischen Eritrea schränkt die Regierung die Religionsfreiheit für staatlich nicht erlaubte religiöse Gruppen scharf ein, verletzt aber auch die Rechte einiger registrierter Gruppen.

Im Mai 2002 erklärte Präsident Issayas Afewerki alle Angehörigen nicht erlaubter Kirchen – darunter 35 evangelikale – zu Staatsfeinden. Nur die orthodoxe und die katholische Kirche sowie die Lutheraner und der Islam sind anerkannt.

Wer sich außerhalb dieser vier anerkannten religiösen Institutionen versammelt, z. B. in Privathäusern, kann verhaftet, gefoltert und schwer bedrängt werden, seinen Glauben zu verleugnen.

Die Situation hat sich im Jahr 2006 noch verschärft. Über 2.000 Christen, darunter mehrheitlich Mitglieder, Pastoren und Priester protestantischer und orthodoxer Gemeinden, sind wegen ihrer religiösen Überzeugungen in Polizeistationen, Militärlagern und Gefängnissen in ganz Eritrea in Haft. Obwohl viele seit Monaten oder sogar Jahren eingesperrt sind, wurde keiner von ihnen formell angeklagt oder hatte die Möglichkeit, sich rechtlich zu verteidigen.

In vielen Fällen lassen Strafverfolgungsbehörden die inhaftierten Christen verprügeln oder anderen körperlichen Misshandlungen aussetzen.

Fünfhundert Christen entkamen im Mai aus einem Militärlager in Asabe, wo sie seit zwei Jahren in Schiffscontainern aus Metall festgehalten worden waren. Unter großer Gefahr flohen sie in die Wüste an der Grenze zu Dschibuti. Fünf von ihnen starben durch die Strapazen der Haft und der Flucht; die übrigen zehn sind verschwunden, ohne dass es einen Hinweis darauf gibt, ob sie es über die Grenze geschafft haben.

Zwei Christen starben im Oktober an den Folgen schwerer Folter durch eritreische Sicherheitsbeamte. Sie waren zwei Tage zuvor verhaftet worden, als sie in einem Privathaus im Süden Asmaras einen Gottesdienst abhielten. Im Religionsfreiheitsbericht 2006 bezeichnete das US-Außenministerium Eritrea zum dritten Mal in Folge als ein „zu besonderer Besorgnis Anlass gebendes Land“.

Platz 15: Komoren – Die Verfassung der islamischen Republik Komoren sieht Religionsfreiheit vor. In der Praxis wird dieses Recht jedoch von der Regierung oft missachtet. Im Mai wurden vier Männer wegen ihrer Konversion zum Christentum zu einer Haftstrafe verurteilt. Drei von ihnen wurden festgenommen, als Polizisten in einen Versammlungsort stürmten. Ein junger Christ, der ebenfalls vom Islam zum Christentum konvertiert war, hatte der Polizei den Versammlungsort unter Druck verraten. Die Männer wurden von einem Gericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Während des Prozesses sollen muslimische Fundamentalisten die Tötung der Angeklagten wegen des „Verbrechens“ der Hinwendung zum Christentum gefordert haben.

Zwei von ihnen wurden Berichten zufolge beschimpft und körperlich misshandelt. Die Polizei versuchte zudem, sie zu einer Absage ihres christlichen Glaubens zu bewegen. Zwar ist die gesellschaftliche Ausgrenzung von Christen weit verbreitet, doch hat es auf den Komoren seit Ende der 1990er Jahre keine Berichte über eine Verfolgung dieser Art gegeben.

Platz 21: Irak – Im Jahr 2006 kam es im Irak verstärkt zu religiösen Spannungen. Abgesehen von den blutigen Kämpfen zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen und der Tatsache, dass viele Angriffe bereits alltäglich geworden sind, gab es Berichte über eine Zunahme von gewalttätigen Übergriffen speziell auf Christen.

Christen leiden unter der anti-westlichen Stimmung im Land. Viele Iraker sehen den Westen als christlich an und schließen daraus, dass ein Christ auch ein Kollaborateur sei. Die Veröffentlichungen der Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung, der Fastenmonat Ramadan und die umstrittenen Aussagen Papst Benedikts während seines Deutschlandbesuches entzündeten ein explosives Klima.

Christen werden zunehmend entführt, um Lösegeld zu erpressen, denn viele irakische Christen gehören der Mittelschicht an. 2006 sind einige Christen beleidigt, entführt und auch ermordet worden. Zudem wurden Kirchen beschossen oder Bombenanschläge auf Kirchen oder christliche Einrichtungen verübt. Es kam zu Demonstrationen und Drohungen gegen Nichtmuslime. Wegen der zunehmenden Bombenanschläge auf Kirchen und Priesterentführungen in Mosul und Bagdad schätzt man, dass sich die christliche Bevölkerung des Irak mit jetzt unter 450.000 Gläubigen halbieren wird. Viele verlassen das Land.

Platz 27: Nigeria (Nord) – Mindestens zwölf nördliche Bundesstaaten in Nigeria haben in den vergangenen sechs Jahren das islamische Recht, die Scharia, eingeführt. Seitdem kam es wiederholt zu Ausbrüchen religiös motivierter Gewalt, die Tausende von Menschenleben gefordert haben. Dieser Trend hat sich 2006 leider fortgesetzt. Christen wurden getötet, Versammlungsstätten angegriffen, die friedliche Weitergabe des Evangeliums an Muslime wurde in vielen Fällen als Beleidigung angesehen und der Islam mit Gewalttaten verteidigt.

In Nordnigeria kam es nach der Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung zu gewalttätigen Krawallen. Mehr als 50 Kirchen wurden zerstört und rund 60 Christen in den nigerianischen Staaten Borno und Niger ermordet. Im Februar 2006 haben Muslime in der nordnigerianischen Stadt Bauchi Berichten zufolge 25 Christen getötet, die angeblich den Koran beleidigt haben sollen. Ein weiterer Gewaltausbruch wurde aus dem Nordstaat Yobe gemeldet. Hier brannten muslimische Jugendliche Kirchen sowie Häuser von Christen nieder. Auch auf die friedliche Weitergabe der christlichen Botschaft an Jugendliche wurde mit Gewalt reagiert. Eine Christin wurde im Juni 2006 von radikalen Muslimen gesteinigt und erschlagen, weil sie muslimischen Jugendlichen das Evangelium weitersagte.

Die Frau, der man vorwarf, den Propheten Mohammed „geschmäht“ zu haben, ist im nigerianischen Bundesstaat Niger das erste Todesopfer muslimischer Gewalt seit dem Jahr 2000. In diesem Jahr wurde in dem Bundesstaat die Scharia eingeführt.

Im September 2006 verletzte eine Gruppe von jugendlichen Muslimen in Dutse, der Hauptstadt des nigerianischen Jigawa, sechs Christen, einen von ihnen lebensgefährlich. Zehn Kirchen wurden niedergebrannt. Die Angriffe wurden durch Gerüchte ausgelöst, eine Christin habe den Propheten Mohammed beleidigt. Zornige Muslime forderten ihre Steinigung und starteten einen Protestlauf, bei dem sie nicht nur Kirchen, sondern auch 20 christliche Häuser und 40 Läden zerstörten. Über 1.000 Christen wurden obdachlos.

Platz 31: Algerien – In Algerien trat im September 2006 ein Gesetz in Kraft, das die Mission unter Muslimen unter Strafe stellt und der Regierung das Recht gibt, jeden Aspekt der christlichen Praxis zu regulieren.

Dieser Schritt, so Beobachter, soll das Land stabil halten, nachdem es ein Jahrzehnt lang unter islamischer Gewalt gelitten hat. Vor der Verabschiedung des Gesetzes gab es keine rechtliche Einschränkung für Muslime, die zu einer anderen Religion konvertieren wollten.

Christen haben in Algerien in den letzten Jahren ein relativ hohes Maß an Religionsfreiheit genossen. Im vergangenen Jahr erreichten Open Doors Berichte, dass viele Algerier zum Christentum konvertieren. Einheimische Informanten bestätigen nun, dass sich die Lage in Algerien im letzten Jahr verschlechtert hat. Die Behörden würden versuchen, die Christen zu isolieren, indem ausländischen Christen keine Visa gewährt werden.

Platz 32: Mauretanien – In der Republik Mauretanien ist der Islam Staatsreligion. Die Verteilung nichtmuslimischer Literatur und die Mission unter Muslimen sind verboten. Damit schränkt die (Übergangs) Regierung die Religionsfreiheit teilweise ein. 2006 ist die Index – Gesamtpunktzahl für Mauretanien beträchtlich gestiegen, denn zum einen erreichten Open Doors mehr Informationen zur Situation der Christen in dem Land, und zum anderen haben Schikanen gegen einheimische Christen, aber auch gegen afrikanische ausländische Gemeinden, zugenommen. Auf Bitte von Christen aus Mauretanien sollen keine weiteren Einzelheiten veröffentlicht werden.

Platz 35: Türkei – Verglichen mit dem Vorjahr scheint die religiöse Toleranz gegenüber Nichtmuslimen in der Türkei abgenommen zu haben. Ein römisch-katholischer Priester wurde im Februar nach der Sonntagsmesse erschossen, andere Geistliche wurden bedroht und angegrif-

fen. Open Doors erfuhr von vier gewalttätigen Angriffen auf katholische Geistliche und von zwei Übergriffen auf türkische Leiter protestantischer Gemeinden.

Im Oktober 2006 wurden zwei türkische Konvertiten wegen „Beleidigung des Türkentums, Schüren von Hass gegen den Islam und die heimliche Zusammenstellung von Daten über Privatbürger für einen örtlichen Bibelfernkurs“ angeklagt. Auf eine protestantische Kirche in der Odemis (ca. 100 km östlich von Izmir) wurde im November 2006 ein Brandanschlag verübt. Zuvor war die Gemeinde wiederholt von Unbekannten belästigt worden.

Im Dezember 2006 blockierte der türkische Präsident Ahmet Necdet Sezer einen wichtigen Teil einer Gesetzesreform, durch die die religiösen Freiheiten in der Türkei ausgeweitet werden sollten. In seiner Schlussfassung hätte das Gesetz den Stiftungen religiöser Minderheiten erlaubt, die Rückgabe wertvoller Immobilien zu fordern, die im Laufe der vergangenen 32 Jahre vom türkischen Staat beschlagnahmt wurden.

Platz 37: Äthiopien – Obwohl die Verfassung Äthiopiens Religionsfreiheit vorsieht, fühlen sich die Christen von der Regierung kontrolliert. Evangelikale Gläubige werden nicht anerkannt; sie berichten, dass ihre Kirchen beobachtet werden. In Äthiopien stießen Christen in mehrheitlich islamischen Regionen auf massiven Widerstand von Ortsbehörden und radikalen Muslimen.

In der äthiopischen Grenzregion zu Somalia leben viele Somalis. Der Einfluss islamischer Extremisten in Somalia förderte in Äthiopien den starken Anstieg des Extremismus in dieser Grenzregion. Die Feindseligkeit gegenüber Christen nahm in ganz Äthiopien nach der Veröffentlichung der dänischen Mohammed-Karikaturen zu. Extremistische Muslime, die zum Dschihad (Heiligen Krieg) aufriefen, haben im März drei Kirchen und eine christliche Organisation in Nordäthiopien angegriffen und sie samt Bibeln, geistlichen Büchern, Musikinstrumenten und anderem Besitz bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Radikale Muslime griffen verschiedene andere Kirchen an und schlugen Konvertiten. Etliche Christen wurden wegen ihrer Überzeugung inhaftiert oder mussten untertauchen. Im südwest-äthiopischen Teilstaat Oromia kam es zwischen Muslimen und Anhängern der äthiopisch-orthodoxen Kirche bei einer orthodoxen Feier im September zu Gewaltausbrüchen. Die anfänglichen Steinwürfe eskalierten: Christen und Muslime wurden getötet, Gebäude niedergebrannt, Christen gezwungen zum Islam zu konvertieren. 2.000 Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben. Christen mit muslimischem Hintergrund werden von Familienmitgliedern oft heftig verfolgt,

aus der Gesellschaft ausgeschlossen oder bedroht. In anderen Regionen genießt die Kirche durchaus etwas Freiheit, doch insgesamt hat sich die Lage verschlechtert.

Platz 47: Kenia (Nordosten) – Im Allgemeinen gibt es Religionsfreiheit in Kenia. Trotzdem werden Christen in mehrheitlich muslimischen Gebieten wie dem Nordosten aufgrund ihres Glaubens mit Benachteiligungen und Schikanen konfrontiert. Der Druck hat sich im Jahr 2006 etwas erhöht. Im März wurden drei Missionare ausgewiesen, als einige Muslime zum Christentum konvertierten. Das Sicherheitskomitee des Bezirks Wajir fasste diesen Beschluss „aus Sicherheitsgründen“, nachdem örtliche Imame protestiert hatten. Im Mai attackierten muslimische Extremisten den christlichen Radiosender einer Pfingstgemeinde in Nairobi. Der Sender strahlte ein wöchentliches missionarisches Programm aus. Bei dem brutalen Überfall starb ein Wachmann, und drei Personen wurden verletzt. Teile des Senders wurden niedergebrannt.

4.3 Verbesserungen

Platz 33: Marokko – Open Doors erreichten mehr Informationen aus Marokko, die eine Verbesserung der Situation für die Christen bestätigten. In Marokko wurden weniger Christen von der Sicherheitspolizei verhört. Wie einheimische Kontaktpersonen Open Doors mitteilten, hat die Regierung Christen gegenüber eine offenere Haltung als früher eingenommen. Dennoch sind Christen bei der Ausübung bzw. Weitergabe ihres Glaubens weiter eingeschränkt.

Nach marokkanischem Recht ist die Mission unter Muslimen gesetzlich verboten. Es gibt staatlich anerkannte katholische, orthodoxe und protestantische Gemeinden im Land, aber nur Ausländer dürfen diese Kirchen besuchen. Marokkanischen Christen ist eine Teilnahme an diesen Gottesdiensten nicht gestattet.

Platz 41: Indonesien – In den stark islamisch geprägten Gebieten Indonesiens – z. B. Aceh, West-Java und Süd-Sulawesi – stehen die Christen unter stärkerem Druck und sehen einer größeren Verfolgung entgegen, als in gemäßigten Regionen. Die Position Indonesiens auf dem Verfolgungsindex hat sich im Laufe der vergangenen Jahre jedoch verbessert. Zwar wurde die Ermordung eines Christen (Pfarrer Kongkoli) bekannt, es gab jedoch keine Meldungen über neue Verhaftungen von Christen.

Platz 48: Nepal – 2006 war ein bemerkenswertes Jahr für Nepal. Im Mai gab es einen Staatsstreich, durch den der König seine Macht verlor.

Die neue Regierung änderte die Verfassung, wonach Nepal nun kein hinduistisches Königreich mehr ist. Die christlichen Gemeinden reagierten hoffnungsvoll, als die Regierung Ende des Jahres ein Abkommen mit den maoistischen Rebellen erreichte. Beide Seiten arbeiten derzeit intensiv an einer neuen Verfassung.

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen bleiben noch abzuwarten. Doch Open Doors erreichten keine Berichte über Angriffe auf Christen oder Gemeinden. In Nepal besteht heute also mehr Religionsfreiheit als vor einem Jahr.

5 Weitere Informationen

Für einige Länder erhöhte sich die Punktzahl, die das Ranking eines Landes auf dem Weltverfolgungsindex angibt, weil Open Doors mehr Informationen über die Situation der Christen vor Ort erhielt. Da der Grund für diesen Anstieg nicht notwendigerweise bedeutet, dass sich der Stand der Religionsfreiheit für Christen verschlechtert hat, werden diese Veränderung in der Spalte „Trend“ nicht durch ein Minus oder Plus vermerkt.

Bei diesen Ländern handelt es sich um **Katar, Oman, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate** und **Bahrain**. Die Vereinigten Arabische Emirate und Bahrain sind zum ersten Mal auf dem Index geführt.

Außerdem wurde der **Sudan** bei der Auswertung in Norden und Süden aufgeteilt. Das Maß an Religionsfreiheit ist in den beiden Teilen sehr unterschiedlich. Nord- und Südsudan haben jeweils eine eigene Regierung und Verfassung.

Neu auf dem Index ist **Tschetschenien**, das früher zur Russischen Föderation (Islamische Republiken, darunter auch Kabardino Balkarya, Dagestan und Tatarstan) gehörte. Im vergangenen Jahr hat Open Doors mehr Informationen über Tschetschenien erhalten.

In dieser Republik ist die Kirche sehr klein, und die Christen müssen sich mit vielen Schwierigkeiten auseinandersetzen. Keinem Tschetschenen ist es erlaubt, seinen Glauben öffentlich zu wechseln, und insbesondere Frauen stehen in dieser Gegend vor ernststen Schwierigkeiten. Christen bemühen sich, öffentlich nicht aufzufallen und Fehler zu vermeiden, die Diskriminierung und Verfolgung nach sich ziehen würden. Die meisten Tschetschenen halten Christen für orthodox und somit für russisch. Die Heilung und Versöhnung zwischen Russen und Tschetschenen ist daher ein wichtiges Thema.